2100-0268

Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Mag.ª Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 18. September 2025

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Spitzmüller, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Dringende Maßnahmen gegen die steigenden Lebensmittelpreise“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung
des Burgenländischen Landtages vom …… betreffend „Dringende Maßnahmen gegen die steigenden Lebensmittelpreise“

Österreich steckt seit Jahren in der Teuerungswelle fest. Im Monat Juli dieses Jahres betrug die Inflationsrate 3,7 Prozent, während der Durchschnitt der Europäischen Länder nur bei 2,4 Prozent lag. Die Daten von Eurostat über den HVPI (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) in der Europäischen Union zeigen klar: Die Inflation in Österreich liegt seit geraumer Zeit konstant über dem Mittelwert der Mitgliedsstaaten der EU. Für August meldete die Statistik Austria laut Schnellschätzung eine Inflation von 4,1 Prozent. Somit stieg abermals wieder der Verbraucherpreisindex an. Den größten Einfluss auf die Inflation hatten weiterhin Dienstleistungen, Nahrungsmittel, Tabak und Alkohol.

Die Lebensmittelpreise sind in den letzten Jahren in Österreich regelrecht explodiert. Der Preisanstieg von Nahrungsmitteln liegt sogar über der allgemeinen Inflationsrate. In einem Preismonitoring der Arbeiterkammer wurden 40 Lebensmittel- und Putzmittelpreise verglichen. Die Kosten dieses Warenkorbs stiegen seit Beginn der Teuerungswelle 2021 um 58 Prozent. Die höchsten Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln liegen unter anderem bei Kaffeebohnen (+ 157,7 Prozent), Penne (+ 102,6 Prozent) und Mehl (+ 88,2 Prozent) vor. Grund für die immens gestiegenen Lebensmittelpreise sind die zu langsamen und fehlenden Eingriffen der österreichischen Bundesregierungen. Eine Analyse der Eurostat belegt die Untätigkeit des Staates. Im Vergleich zu den anderen Mitgliedsstaaten liegt Österreich bei staatlich administrierten Preisen im Schlussfeld. Administrierte Preise sind Waren und Dienstleistungen, deren Preise vollständig oder überwiegend von der Regierung beeinflusst werden. Gemessen am HVPI-Warenkorb der Europäischen Statistikbehörde, der zur Berechnung der Inflation herangezogen wird, unterliegen lediglich 8,7 Prozent der darin enthaltenen Waren und Dienstleistungen einer staatlichen Preisregulierung. Im EU-Durchschnitt werden hingegen 12,3 Prozent, in Deutschland sogar 13,9 Prozent, der Produkte administriert. Den höchsten Anteil an staatlichen Eingriffen in die Preisgestaltung weist die Schweiz mit 30,7 Prozent auf.

Ein weiteres Problem stellt der sogenannte „Österreich-Aufschlag“ dar. Sowohl die Arbeiterkammer als auch die Bundeswettbewerbsbehörde stellten in einer Analyse der Lebensmittelpreise fest, dass die Preise für die gleichen Markenlebensmittel in Österreich um ein Viertel höher sind als in Deutschland. Beispielsweise kostet eine Packung „Cremissimo“-Eis in Österreich 5,99 Euro, während das gleiche Produkt in Deutschland 2,89 Euro kostet – ein Preisunterschied von 107,3 Prozent. Beim Grundnahrungsmittel Reis (z.B. BEN’s original Basmati Reis im Kochbeutel) beträgt der Österreich-Aufschlag ebenfalls bis zu 31 %. In einer Studie gelangt die EU-Kommission zur Erkenntnis, dass für EU-Verbraucher:innen jährlich 14 Milliarden Euro an Kosten aufgrund territorialer Lieferbeschränkungen entstehen. Neben Österreich sind unter anderem auch Belgien, Niederlande und Griechenland

betroffen. Damit die österreichischen Konsument:innen künftig nicht länger durch ungerechtfertigte Preisaufschläge belastet werden, hat die EU-Kommission einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der es der internationalen Lebensmittelindustrie untersagt, identische Produkte in den Mitgliedstaaten zu unterschiedlichen Preisen anzubieten.

In Österreich ist es derzeit nicht nachvollziehbar, wie Preise für die Verbraucher:innen zustande kommen. Aufgrund fehlender Daten bzw. Auswertung sind Untersuchungen zur Preisgestaltung entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette nicht möglich. Daher schieben sich die einzelnen Wertschöpfungsstufen gegenseitig die Schuld für die aktuellen hohen Preise zu. Mit der Einführung einer Transparenzdatenbank könnte Licht ins Dunkel gebracht werden. Besondere Auffälligkeiten ließen sich sofort identifizieren und es wäre nachvollziehbar, an welcher Stelle der Wertschöpfungskette Kosten- oder Gewinnsteigerungen stattfinden. Die Transparenzdatenbank hat auch ökologische Kriterien wie Transportwege, Produktionsbedingungen und Regionalität zu berücksichtigen, um nachhaltige und regionale Wertschöpfung sichtbar zu machen. Mit der Auswertung der Preisentwicklungen entlang der Kette soll eine neu einzurichtende Anti-Teuerungs-Kommission betraut werden. Die Kommission soll sich aus Vertreter:innen der zuständigen Ministerien, der Sozialpartner, der Konsumentenschutzorganisationen sowie Expert:innen bilden. Neben der Auswertung der Transparenzdatenbank soll die Anti-Teuerungs-Kommission als Anlaufstelle für Beschwerden dienen und den zuständigen Minister bzw. der zuständigen Ministerin mittels Empfehlungen beraten, um Preismissstände zu beseitigen. Zusätzlich soll die Kommission einen jährlichen Tätigkeitsbericht veröffentlichen und diesen dem Nationalrat zur Kenntnisnahme übermitteln.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- sich bei der EU-Kommission für eine gesetzliche Regelung einsetzen, die der internationalen Lebensmittelindustrie untersagt, identische Produkte in den Mitgliedstaaten zu unterschiedlichen Preisen anzubieten;
- eine Transparenzdatenbank einführen, mit der die Preisgestaltung entlang der Wertschöpfungskette transparent dargestellt wird;
- eine Anti-Teuerungs-Kommission einrichten, die sich aus Vertreter:innen der zuständigen Ministerien, der Sozialpartner, der Konsumentenschutz-organisationen sowie Expert:innen zusammensetzt und mit der Auswertung der Transparenzdatenbank sowie der Erarbeitung von Empfehlungen zur Beseitigung von Preismissständen betraut wird.;
- das Preisgesetz 1992 novellieren, damit es ein geeignetes Instrument zur Bekämpfung der Teuerung – insbesondere bei Lebensmittel – wird. Dabei ist sicherzustellen, dass Eingriffe sozial treffsicher gestaltet werden und zugleich nachhaltige, regionale und biologische Lebensmittelproduktion gefördert wird. Die aktuell geltende Fassung ist dafür ungeeignet und kann Preissteigerungen nicht ausreichend entgegenwirken.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Sozialausschuss zuzuweisen.